

LINKE Gedanken zur Wahl

Bodo Lützenberg

Jahresauftakt in der Kongresshalle. Carola Bluhm sprach für die Berliner LINKE. Sie sagte, was wir in Berlin erreicht haben. Ich war stolz. In unserem Kiez dominieren die Anwohnerinteressen. Wir können mit der Unterstützung unseres Bezirks rechnen und der Verordneten im Bezirk und im Abgeordnetenhaus. Wir Genossen werden älter und weniger. Der Wunsch der Anwohner zur Durchsetzung ihrer Interessen wird immer mehr über unsere Bürgerinitiative realisiert. Was wünsche ich mir? Die Basisgruppen „auf der Couch“ schließen sich im Kiez zusammen. Lieber weniger Zusammenkünfte aber dann kraftvoll. Zum Mitmachen der Anwohner, eine örtliche Bürgerinitiative. Und Solidarität untereinander.

Martin Kleinfelder

Ich wünsche mir, dass der Wahlkampf sachlich geführt wird und Ideen im Vordergrund stehen. Die bisherige Arbeit kann sich sehen lassen und das muss auch dargestellt werden. Immerhin hat sich in den letzten fünf Jahren die Bevölkerung in den Großsiedlungen stark verändert. Viele Menschen in sehr prekären Einkommensverhältnissen sind zugezogen. Deshalb brauchen wir auch neue Ideen, wie damit umgegangen werden soll. Die Hauptversammlung hat hier begonnen und ich wünsche mir, dass es erfolgreich zu Ende gebracht wird.

Marina Richter-Kastschajewa

Wahlkampfzeiten. Es wird um Aufmerksamkeit und um Stimmen gerungen. Wahlkämpfe sind ein Höhepunkt der politischen Arbeit. Dabei wollen Parteien nicht für guten Wahlkampf gewählt werden, sondern für Ergebnisse, Vorstellungen und Ziele, für Wort und Tat. Mein Anspruch an die LINKE ist, dass sich ihre Politik von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität leiten lässt. Diese Werte sollten Prüfsteine für jede politische Entscheidung sein – auch am Wahltag.

Uli Clauder

Vom mündigen Bürger sind wir meilenweit entfernt, die Macht allwissender Amtsstube ist kaum gebrochen – so habe ich meine Tochter im Ohr. Mein Traum von der Berliner Linken? Dass sie es schafft, für nachhaltige Stadtentwicklung oben in der Regierung zu streiten und gleichzeitig „die Straße“ dafür zu mobilisieren. Bisher klaffen Senatshandeln und Wählerinteressen bei Klimaschutz, bei A100 oder BBI zu weit auseinander. Ich entsinne mich an das Wuhletal, wo das von der Verwaltung Geplante besser wurde in der praktischen Umsetzung. Wodurch? Durch zähen, jahrelangen Einspruch mündiger Bürger. Mancher hat durch die gelungene Wuhle-Renaturierung wieder Mut gefasst, weiter zu machen, auch bei Niederlagen nicht aufzugeben. Zu denen gehöre ich.

Wilfried Maier

Ich lese gerade den Roman „Erfolg“ von Lion Feuchtwanger. Er beschreibt, wie im Februar 1919 ein Graf Arco, ein Leutnant, den Führer der Münchner Revolution, den Ministerpräsidenten Kurt Eisner erschießt. Der Mörder wurde zum Tode verurteilt, später zu Festungshaft begnadigt, und noch später mit Hilfe des Staates in eine gut bezahlte, führende Stellung berufen. 90 Jahre ist das her, und noch immer beherrscht das Kapital den Staat – und auch die Medien! Auch in Zukunft werden wir es als LINKE schwer haben. Wir sollten den Mut nicht verlieren und für unsere Vision von einer gerechten Gesellschaft eintreten. In der großen Politik und auch hier in Marzahn-Hellersdorf.

Hassan Metwally

Ich will Ansprechpartner für junge Menschen sein. Ich will ihnen zeigen, dass es in unserer Partei Menschen gibt, die aus eigenem Erleben die Unsicherheiten kennen, ob man einen Studien- oder Ausbildungsplatz bekommt und das Gefühl, wenn man danach keine feste Stelle findet. Wir kennen die Probleme der jungen Leute nicht nur aus Akten und Statistiken. Auch wenn der Anteil unserer Mitglieder über 60 groß ist, bestimmen wir, die Unter-35-Jährigen, unsere Politik mit. Ich will den jungen Menschen zeigen, dass DIE LINKE auch Partei für sie ist.

Was gibt's noch?

Seite 2:

- Zur Person: Mike Abramovici
- Petra Pau: Aktuelle Notiz

Seite 3:

- Infosplitter
- Hartz-IV-Splitter

Seite 4:

- Stadtensemble erhalten
- Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

- Berliner KITAS
- Kein Schutzschirm für Arbeitslose

Seite 6:

- Ausblick: Politische Bildung 2011
- Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

- Müllschlucker

Seite 8:

- Tipps und Termine
- Hinten links

Zur Person: Mike Abramovici

Wanderer zwischen den Ortsteilen ...

... ist Mike Abramovici, Marzahner, Hellsdorfer, aktuell Biesdorfer. Jahrgang 66 und kein bisschen weise? Immerhin Lebenskünstler, denn mehrmals ist er aus beruflichen und privaten Trümmern wieder auferstanden. Vielleicht hat er deshalb eine Antenne für die Stimmungslage seiner Mitmenschen.

Der Berliner mit jüdischen Wurzeln durchlief die typische DDR-Laufbahn mit Pionierorganisation und FDJ. Nach Schulabschluss und 18 Monaten in der Nationalen Volksarmee hat er als Polier und in der Geschäftsleitung eines Malerbetriebes gearbeitet. Seit gut 15 Jahren ist Mike als Raumausstatter selbständig tätig und bildet inzwischen auch aus.

Als linker Unternehmer ist er Mitglied bei OWUS, einem der LINKEN nahe stehenden offenen Wirtschaftsverband von kleinen und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern und Selbständigen Verein. „Die engere Verknüpfung von kleineren Unternehmen und ihre Bündelung an die Partei“ hält er aus seiner praktischen Sicht für wichtig. Sein Motto für linke Unternehmer heißt, sich die Gegebenheiten zu Nutzen und nicht zu eigen machen. Von der LAG Linke Unternehmer wurde Mike als Ersatzkandidat für den Bundesparteitag gewählt. Mit der Bundespolitik fing auch alles an, denn Mike wollte Bundes-

kanzler werden. Scherz! Als er im Jahr 2000 Mitglied der Partei wurde, weil er mit den Verhältnissen in unserem Land nicht mehr



Mike Abramovici

Foto: privat

einverstanden war, wagte er eine Kandidatur für den Bundesvorstand. Das Interesse für Kommunalpolitik entwickelte sich allmählich. Mikes politische Wurzeln verdankt er seinen Großeltern. Schon immer sei er ein politisch links denkender Mensch gewesen, sagt Mike.

Aktuelle Notiz: „Kommunismus“ im Bundestag Von Petra Pau (MdB)

1. Knapp 90 Minuten wurde Freitag im Plenum des Bundestags debattiert. Ich hatte die „aktuelle Stunde“ zu leiten. Die Wörter „Kommunismus“ bzw. „kommunistisch“ seien 113 Mal gefallen, wurde mir hernach gesagt. Eine solche Häufung dürfte es seit den 1950er Jahren nicht mehr gegeben haben. Auch so viel taktisch skandierter Hass ist nicht alltäglich. Linke wurden von „Demokraten“ als „abartig“ bezeichnet. Das ist Nazi-Jargon.

2. Die Debatte war von der CDU/CSU und der FDP beantragt worden. Ursprünglich sollte sie am medial-günstigen Donnerstagmittag stattfinden. Durch einen fieser „Trick“ der Linksfraktion musste sie auf den medial-belanglosen Freitagnachmittag verschoben werden, ereiferten sich aufgestachelte Journalisten. Allein das wäre eine „Aktuelle Notiz“ wert. Denn der so kommentierte „Vorfall“ ist bezeichnend.

3. Aktuell wurde nämlich Zweierlei publik. Erstens: Die BND-Vorläufer-Organisation wusste, wo sich Adolf Eichmann befand und hielt dies geheim. Eichmann war einer der NS-Hauptorganisatoren des Holocaust. Zweitens: Der ebenfalls als NS-Massenmörder bekannte Klaus Barby war inoffizieller Mitarbeiter des BND. Unglaubliche Skandale. Kein aktuelles Thema für die CDU/CSU, sehr wohl für DIE LINKE. Ein „fieser Trick“?

4. Zurück zu etlichen Medien: Der „Eichmann-Barby-Skandal“ wurde bestenfalls nebenbei erwähnt. Die „Kommunismus-Gedanken“ von Gesine Löttsch indes fanden sich auf vielen Seite-1 wieder und boten Talkshow-Redaktionen Stoff für krude Diskussionen. Das ist die eigentliche (öffentlich-rechtliche) Botschaft der letzten Wochen: Der Faschismus wird relativiert, der Kommunismus verteuelt.

5. Es ist übrigens nicht mein Kommunismus. Und Erklärungsversuche, man habe den „Kommunismus“ nur aufgerufen, um DIE LINKE aus der medialen Defensive zu holen und um die politische Konkurrenz aufzumischen, halte ich schlicht für falsch. Auch der offensive Versuch, die kommunistische Idee der Bibel zu entlehnen, um sie gegen eine gottlose CDU/CSU zu schleudern, ist politisch letztlich defensiv.

6. Die ganze aktuelle „Kommunismus“-Debatte entbehrt jedweder Substanz. Das war auf der „Luxemburg-Konferenz“ der „jungen Welt“ so. Das ist in „Welt“-Kommentaren so. Beide Pole verlängern nur den „Kalten Krieg“. DIE LINKE sollte sich daran nicht beteiligen. Nichts ist radikaler, weil gewinnender, als eine lebensnahe sozialistisch-demokratische LINKE. Der Rest taugt, wie Gregor Gysi einst meinte, für Rotwein mit Petting.

Die DDR war seine Heimat, die er vor allem seit seinem Wehrdienst aber zunehmend kritisch sah. In der Wendezeit wurde er politisch aktiv, wollte das Land verändern, doch um eine eigenständige, andere DDR ging es dann nicht mehr.

2002 wurde Mike in den Bezirksvorstand gewählt und war dort mehrere Jahre Mitglied. Mike ist derzeit als Mitglied der BVV-Fraktion in den Ausschüssen für ökologische Stadtentwicklung und soziale Stadt und für Umwelt und Natur. Sehr gern würde er sich im Wirtschaftsausschuss engagieren, seine Erfahrungen aus Jahren selbständiger Arbeit einbringen. Seine Interessengebiete in der Kommunalpolitik sind Wirtschaft, ökologische Stadtentwicklung und Kultur. Die sollte durch günstige Angebote allen zugänglich gemacht werden. Da will er sich in der nächsten Wahlperiode stärker einbringen. Für den Wahlkampf wünscht er sich eine einprägsamere Gestaltung der Plakate, die jeder versteht.

Zweimal hat er DIE LINKE mit beim Pressefest der „l'Humanité“ in Paris vertreten. Die BO X-tern, deren Sprecher er ist, nutzt der eher praktisch veranlagte Mann gern zur politischen Diskussion.

In seinem Umfeld nutzt er Gespräche, um linke Ideologie zu transportieren. Seine Hobbys sind Musik und Bücher. An erster Stelle aber steht seine neunjährige Tochter.

Sabine Behrens

Post an uns: Eine Wortmeldung

Die heftige Diskussion über den Kommunismus belegt eindeutig, dass sie nötig ist.

Es macht schon Sinn, wenn DIE LINKE dies im Zusammenhang mit der Programmdebatte tut. Die Argumente von Jürgen Reents und Harald Werner sind doch einleuchtend.

Das DIE LINKE keine kommunistische Partei war, keine ist und auch keine werden wird klingt nach: Hau, ich habe gesprochen! Oder modern: Basta!

Jetzt, wo wir wieder Marx und Engels neu entdecken, sollte es doch gestattet sein, den Begriff Kommunismus nach seinen Inhalten zu befragen und diese auf ihre Gültigkeit für Heute und vor Allem für die Zukunft zu überprüfen (Zitate aus dem Manifest über das Gespenst sind bekannt).

Wenn, vielleicht schon, wir oder kommende Generationen feststellen, der Begriff ist nicht der Richtige, führt auf falsche Wege, könnte ja ein neuer gefunden werden.

Marxismus ist schon besetzt. Wie wär's mit Humanismus? Oder ist der nicht links genug? Reden wir darüber!

Rainer Rau

Infosplitter

Schulsanierung

Konjunkturprogramm und Stadtumbau Ost machen es möglich, dass an Schulen im Bezirk, innen und außen, notwendige Sanierungsarbeiten durchgeführt werden können. An der Jean-Piaget-Schule (Hellersdorf) wird die Außenfassade erneuert, Räume wurden neugestrichen und der Fußbodenbelag ausgewechselt. Außerdem erhielt die Schule eine neue Lehrküche und neue Fachkabinette für Chemie und Biologie. Eine neue Außenfassade hat auch die J.J. Hecker Schule (Marzahn) erhalten. Die Beatrix-Potter-Schule (Hellersdorf) das Tagore-Gymnasium (Marzahn), die Paavo-Nurmi-Grundschule (Marzahn) und die Peter-Pan-Grundschule (Marzahn) erhalten völlig neugestaltete Schulhof- und Außenanlagen. Für die Friesen-Grundschule (Marzahn) wird auf dem Grundstück der abgerissenen Kita ein Hortgarten errichtet. Für die Caspar-David-Friedrich-Schule wurde auf dem Gelände einer abgerissenen Schule ein neuer Sportplatz gebaut, die vor zwei Jahren geschlossene Turnhalle wird zurzeit saniert.

Trägerversammlung für das Jobcenter

Durch die Neufassung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Änderung weiterer Gesetze im Land Berlin wurde eine Neubesetzung in der Trägerversammlung für das Jobcenter Marzahn-Hellersdorf notwendig.

Die Trägerversammlung setzt sich aus drei Vertreterinnen und Vertretern der Agentur für Arbeit Berlin Mitte sowie drei durch die für Arbeit zuständige Senatsverwaltung des Landes Berlin bestellten Vertreter/innen zusammen. Als Vorsitzende wurde die Bezirksbürgermeisterin, Frau Dagmar Pohle, und als deren Stellvertreterin die Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Berlin Mitte, Frau Dr. Ramona Schröder, gewählt.

Raumnutzung

Das Bezirksamt hat seine Verordnung zur Nutzung der bezirkseigenen Räumlichkeiten durch Dritte überarbeitet. Wichtig ist, wer von der Vergabe ausgeschlossen ist: Vereinigungen und Organisationen,

a) die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Berlin oder deren Verfassungsgesetze richten,

b) deren Tätigkeit erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt oder

c) die sich als konfliktträchtige religiöse und weltanschauliche Gruppen oder Psychogruppen, Gruppen mit therapeutischem oder lebenshelfendem Anspruch betätigen und die für den

einzelnen potentiell konfliktträchtige Merkmale, Strukturen, Praktiken oder Gefahrenaspekte aufweisen, sowie Personen, die solchen Vereinigungen und Organisationen

angehören.

Generell werden den Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlungen die für ihre Arbeit unabwendbar erforderlichen Räume unentgeltlich überlassen. Für die Vorbereitung und Durchführung von allgemeinen Wahlen,

von Volksbegehren, Volksentscheidungen und Bürgerbegehren durch die zuständigen Verwaltungsstellen sind keine Nutzungsentgelte zu erheben. Alle anderen Nutzer/innen müssen ein Entgelt entrichten.

Renate Schilling

Gewerkschafter zur LL-Demo

Am ersten Sonntag nach Neujahr trafen sich in Friedrichsfelde-Ost wieder Zehntausende. Eine starke Linke. Die

roten Farbtupfer munterten die wettertrübe Optik auf, wärmten innerlich. Glühwein gab's auch. Nachdem etliche große Hundehaufen vom Gehweg in die Parkbüsche verfrachtet waren, konnten die Info-Stände aufgebaut werden; und schon fanden sich Massen ein:

aus ganz Berlin, Deutschland und Europa angegeist. Mehr als 150 Unterschriften gegen die „Rente mit 67“ sammelte die IG BAU ein – viele hatten schon längst andersorts unterzeichnet. Für mich ein bekanntes Phänomen:



angesprochene Junge und Mittelalte zuckten – und duckten sich. Hier war die Anonymität zu Ende. Manche winkten auch nur ab: „Wenn

wir mal so alt sind, gibt es sowieso keine Rente mehr.“ Noch aber gilt eine alte Wahrheit: wer nicht kämpft, hat bereits verloren! Für den 24. Februar rufen die Gewerkschaften

unter dem Dach des DGB und die AG Betrieb & Gewerkschaft in der LINKEN zum „Aktions-tag gegen Leiharbeit und prekäre Beschäftigung und für einen gesetzlichen Mindestlohn“ auf. Text/Foto: **Bernd-R. Lehmann**

Hartz-IV-Splitter

Vom alltäglichen Wahnsinn mit Hartz IV

Anträge auf Stundung der Schuld sind in der Donnerstagsprechstunde im Linken Treff an der Tagesordnung.

Sind die Hartz-IV-er größtenteils nicht in der Lage, sich ihr Geld einzuteilen? Ich gebe zu, auf Dauer ist es eine außergewöhnlich anspruchsvolle Aufgabe, mit dem Regelsatz über den Monat zu kommen. Und manchmal ist es unmöglich. Ich denke da z.B. an eine Ratsuchende, ich nenne sie hier Frau Müller. Frau Müller brauchte eine Waschmaschine. Sie wandte sich an das JobCenter und bekam ein Darlehen. Vor Hartz IV gab es für solche unabwendbaren Bedarfe eine Einmal-Leistung. Nun bekam sie monatlich fast 30,00 Euro weniger vom JobCenter, um das Darlehen abzuzahlen. Frau Müller hat kein Ersparnis und keine Verwandten mit auskömmlichem Einkommen oder Rücklagen, sie ist allein auf das Geld vom JobCenter angewiesen. Frau Müller ist eine bescheidene Frau, sie versucht überall zu sparen. Auch bei den Betriebskosten. Sie bekam eine Betriebskosten-Rückzahlung – und freute sich, dass sie die Schulden beim Waschmaschinen-Verkäufer nun schneller zurückzahlen kann.

Bis sie Post vom JobCenter bekam. Die Betriebskosten-Rückzahlung ist laut Sozialgesetzbuch (SGB) II Einkommen nach dem

Zuflussprinzip (d.h. alles, was zufließt, ist Einkommen) und wird auf das Alg II angerechnet. Frau Müller hatte die Summe der Betriebskosten-Rückzahlung an das JobCenter zu zahlen. Das Geld war inzwischen beim Waschmaschinen-Verkäufer und sie durfte in Raten zahlen. So wurden insgesamt fast 60,00 Euro monatlich vom Regelsatz abgezogen. Sie hatte nun 299,00 Euro für Strom, Telefon, Fahrgehalt, Hausrat, Kleidung, Lebensmittel, Gesundheitskosten usw. monatlich zur Verfügung. Bis ein kleines technisches Problem beim JobCenter dazu führte, dass das Geld erst am 9. des Monats auf dem Konto war. 8 Tage Verspätung, kann ja mal vorkommen. Ab 1. des Monats waren aber Miete, Zins, Telefon, Strom fällig – Frau Müller bekam kostenpflichtige Mahnungen. Die Mahngebühren blieben auch nach (nunmehr verspäteter) Zahlung bestehen.

In solchen Fällen wendet sich Klaus-Jürgen Dahler direkt an den Geschäftsführer des JobCenter und an Bürgermeisterin Dagmar Pohle, um schnell und unbürokratisch helfen zu können. Im Moment. Denn das Kern-Problem bleibt bestehen, solange es dieses Gesetz gibt.

Hartz IV muss weg!

Sonja Hildebrandt

DIE LINKE fordert Rekommunalisierung der Wohnungen an der „Hellersdorfer Promenade“

Stadtensemble soll langfristig erhalten werden

Wie in einem jeden Jahr begann die Januar-Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung mit einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus. Bezirksvorsteherin Petra Wermke unterstrich in ihrer sehr bewegenden Rede, dass das Gespräch mit ZeitzeugInnen unschätzbar wertvoll für das Verständnis der Geschichte ist. Vor Beginn der Sitzung trafen sich traditionell VertreterInnen der bezirklichen Politik mit Verfolgten der Nazi-Herrschaft.

Im weiteren Verlauf der Sitzung berieten die Verordneten u.a. über einen Antrag von CDU und Linksfraktion, der Ausnahmegenehmigungen für den Weiterbetrieb von sog. „Müllschluckern“ forderte. Dieser wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

Klaus-Jürgen Dahler, Fraktionschef der LINKEN, forderte in einem Antrag, das Wohnge-

biet an der „Hellersdorfer Promenade“ durch eine Erhaltungssatzung langfristig in seiner einmaligen Bauweise zu erhalten.

Dahler hierzu: „Das ganzheitlich geplante Wohngebiet ist in seinen Wesenszügen unverändert geblieben. Es dokumentiert die in den 80er Jahren und insbesondere in der Großsiedlung Hellersdorf realisierten Ideen und Konzepte des Wohnungsbaus. Mit der Erhaltungssatzung ist davon auszugehen, dass die Eigenart des Gebietes auch künftig nicht zerstört werden wird.“

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung überwiesen.

Ebenfalls um dieses Wohngebiet drehte sich eine anschließende Diskussion um eine mögliche Rekommunalisierung der Wohnungen. Auf Antrag der LINKEN und der SPD beschlossen die Verordneten mit großer Mehrheit, sich für dieses Ansinnen stark zu machen.

Wie bereits im Dezember standen auch die Reduzierung der Eingliederungsmittel für Langzeitarbeitslose durch die Schwarz-Gelbe Bundesregierung auf der Tagesordnung. Das Bezirksamt teilte mit, dass es zu noch un-absehbaren Einschnitten bei der Angebotsvielfalt freier Träger im Bezirk kommen wird. Welche dies genau treffen wird, ist noch nicht feststellbar.

Bjoern Tielebein

BigMac statt Bücher!

Horst Bastian, Heinz Lüdecke und Theodor Fontane sind bereits verschwunden. Mark Twain, Heinrich von Kleist, Ehm Welk und Erich Weinert stehen auf der kw-Liste („kann weg“) des Bezirksverordneten Gordon Lemm aus Marzahn-Hellersdorf. Bei Weinert ist das nicht sehr verwunderlich. Weinert hat sein satirisches Mütchen gern an der SPD gekühlt und Lemm ist Sozialdemokrat. Jedenfalls dem Parteibuch nach, von der politischen Kultur her eher nicht. Lemm will die Namen der hiesigen Bibliotheken – das sind die genannten Schriftsteller – an Firmen verkaufen. Auch sollen die Bibliotheksräume zu Werbezwecken freigegeben werden. Er könne sich vorstellen, so teilt es die lokale Presse mit, dass die Erich-Weinert-Bibliothek künftig McDonalds-Bibliothek heißen könne. Oder Knorr-Bremse-Bibliothek (zu Weinerts Zeiten sang man übrigens „zu Lichtenberg da steht ein Haus, da brechen sie dir die Knochen ...Knorr, Knorr, Knorr ...“ – da ging's gegen das üble Akkordsystem der Firma), anderes sei denkbar. Tja, Getränke-Hoffmann, Fressnapf, Dildo-King, Pfennig-Pfeiffer, alles hier ansässige ehrenwerte Unternehmen. Was braucht es Dichter, wozu stehen da überhaupt noch Bücher in den Regalen? Kam doch neulich ein kommunaler Politiker auf den Gedanken, zumindest in „sozial schwächeren Gebieten“ vermehrt DVD's und Computerspiele einzustellen, weil das doch den „veränderten Lesegewohnheiten der Kinder“ entgegenkäme. Hat der Verordnete Lemm eigentlich ein Buch?

Im Stadion eines süddeutschen Fußballvereins tobt augenblicklich ein heftiger Bürgerkrieg zwischen dem Management, den Fans und Teilen der Spielerschaft, weil die beiden letzteren durchaus nicht mehr einsehen, in einem „Billig-Kredit-Stadion“ zu Gange sein zu müssen. Das rieche ja schon vom Namen her nach Abstieg ... Die haben's begriffen. Der HERR schicke doch bitte ein wenig fränkische Klugheit an die Ufer der Spree. Liebe zum Buch kann man von einer gewissen Sorte Politiker nicht erwarten. Klugheit schon, deswegen wurden sie gewählt.

Wolfgang Brauer

Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

Auch im Bezirksvorstand begann das Jahr 2011 mit einem kurzen Rückblick auf das Ende des Vorjahres. Der Jahresempfang war eine erfolgreiche Veranstaltung, es gab viele interessante Gespräche in angenehmer Atmosphäre.

Und dann war da noch eine Neuerung: Mit einer Weihnachtsfeier und natürlich auch kleinen Geschenken überraschte DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf am 21. Dezember 2010 rund 40 Kinder und deren Eltern, die derzeit im Asylbewerber-Heim in der Otto-Rosenberg-Straße in Marzahn untergebracht sind. Bjoern Tielebein und Sabine Schwarz trafen sich mit Menschen aus Tschetschenien, Vietnam, Bosnien und Afghanistan, zumeist Familien mit Kindern, die um Asyl suchen und hier wohnen. Der Bezirksvorstand dankte den beiden stellvertretenden Bezirksvorsitzenden. Solche Veranstaltungen soll es auch in den nächsten Jahren geben.

Aber inzwischen sind wir schon „mitten“ im „Superwahljahr“ 2011. Außer den sieben Landtagswahlen, darunter auch die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin, ist ja auch die Diskussion zum Entwurf des Parteiprogramms in vollem Gange, und es wird im 2. Halbjahr den entsprechenden Leitantrag an den Bundesparteitag und dann einen Mitglie-

derentscheid geben – viele Aufgaben, auf die wir uns einstellen müssen.

Am 18. September wird auch die Bezirksverordnetenversammlung neu gewählt. Das Wahlziel der LINKEN im Bezirk ist es, wieder stärkste Fraktion in der BVV zu werden und die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister zu stellen. Das Wahlprogramm des Bezirksverbandes ist in Arbeit. Am 16. Januar wurde auf einer Klausurberatung gemeinsam von den Mitgliedern des BV, der Fraktion der BVV und unseren Abgeordneten im Abgeordnetenhaus ein erster Entwurf beraten – Einzelheiten dazu kann man auf der Internetseite des Bezirksverbandes nachlesen. Anfang Februar wird dann der überarbeitete Entwurf im Bezirksvorstand und in der Fraktion verabschiedet und steht dann zur öffentlichen Diskussion. Die Beschlussfassung erfolgt auf einer Hauptversammlung am 2. und 3. April 2011. Es ist beabsichtigt, dass dann diese Hauptversammlung auch als VertreterInnenversammlung tagen und über die Nominierung der Kandidaten für die BVV und für die sechs Wahlkreise für die Abgeordnetenhauswahlen entscheiden wird. In Anbetracht der personellen Zusammensetzung der Hauptversammlung wurde diesem Verfahren von der Landeswahlleiterin zugestimmt.

Bernd Preußer

DIE LINKE.

Die Partei DIE LINKE. hat Wort gehalten:

Berliner Kitas Vorbild für ganz Deutschland

In diesem Jahr endet die fünfjährige Wahlperiode in Berlin und man kann feststellen, dass DIE LINKE Wort gehalten hat.

Nimmt man die in den zurückliegenden Jahren erfolgte Entwicklung der Berliner Kindertagesstätten, zeigt sich, dass Berlin auf diesem Gebiet zum Vorreiter für die Bundesrepublik geworden ist. Und das bei einer bekanntermaßen äußerst komplizierten finanziellen Situation.

Es gibt inzwischen kein anderes Bundesland, das eine für Kinder und Eltern bessere und modernere Situation bei Kindertagesstätten aufweisen kann. Worin zeigt sich das?

Schrittweise wurden die finanziellen Bedingungen für die Familien durch Reduzierung der Kita-Gebühren verbessert. Seit 1. Januar ist die Kita-Betreuung bereits vom dritten Lebensjahr an durchgängig kostenfrei.

Nach harten Auseinandersetzungen konnten wir auch durchsetzen, dass allen Kindern ein gesundes warmes Mittagessen für nur 23 Euro für den gesamten Monat bereitgestellt wird.

Das entlastet viele Familien und wird den erhofften Zuspruch zur Kita weiter erhöhen. Schon jetzt besuchen mehr als 113 000 Kinder unter 6 Jahren diese Einrichtungen. Im Kindergartenalter sind das über 95 Prozent.

Diese Politik dient nicht nur der Entlastung von sozial schwächeren Familien. Sie hat auch diejenigen Kinder im Blick, für deren erfolgreiche Entwicklung das regelmäßige soziale Miteinander unter Gleichaltrigen und soziales Lernen in der Gruppe besonders wichtig sind. Neben der vorschulischen Förderung von sprachlichen Kompetenzen wird somit jedem Kind ein Angebot sozialen und emotionalen Lernens erschlossen.

Aus diesem politischen Verständnis ergab sich auch die Entscheidung, dass für Kinder in den letzten drei Jahren vor Schulbeginn der Rechtsanspruch auf vorschulische Förderung von bisher nur fünf auf sieben Stunden erweitert wurde.

Von besonderer Bedeutung ist, dass dieser Anspruch nunmehr ohne sogenannte Bedarfprüfung eingelöst werden kann.

Im Jahr 2010 haben wir die personellen und finanziellen Bedingungen für alle Kindertagesstätten in Berlin weiter verbessert, um die Qualität der pädagogischen Arbeit in jeder einzelnen Kita und jeder Gruppe gezielt und kontinuierlich auf der Grundlage des Berliner Bildungsprogramms zu sichern und zu verbessern.

Damit hat sich die Hauptstadt bundesweit als Vorreiter eines Bildungsverständnisses etabliert, welches die Rechte von Kindern ins Zentrum setzt und die Kitas als Bildungseinrichtungen entwickelt.

Diesen Weg werden wir weiter konsequent verfolgen.

Ohne uns, ohne DIE LINKE, wäre Berlin mit Sicherheit noch nicht so weit. Wir können und sollten darauf stolz sein.

Dr. Margrit Barth

Kinder- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus zu Berlin

Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin:

Schwarz-gelbe Arbeitsmarktpolitik ...

... ist kein „Schutzschirm“ für Arbeitslose in Marzahn-Hellersdorf

Als kurz vor Ende des vergangenen Jahres der Bundestag über den Haushalt debattierte und ihn beschloss, ging es in der Berichterstattung eher unter, dass wegen der sinkenden Arbeitslosenzahlen, statistisch gesehen, auch die Zuweisungen für die Eingliederungsmaßnahmen gekürzt wurden. Inzwischen sind diese Kürzungen auch beim Jobcenter Marzahn-Hellersdorf angekommen. Es gab drastische Einschnitte bei den durch die schwarz-gelbe Koalition im Bund vorgenommenen Mittelzuweisungen für Eingliederungsmaßnahmen von Langzeitarbeitslosen. Für den Bezirk bedeutet dies, dass im Jahr 2011 ein Rückgang bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (sog. 1,50-Euro-Jobs) von über 50 % und bei den Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante von ca. 75 % zu verzeichnen sind. Es stehen damit Eingliederungsmittel für ca. 1 350 Plätze zur Verfügung. Das bedeutet, dass nun wesentlich weniger arbeitssuchende Bürgerinnen und Bürger aus unserem Bezirk durch das Jobcenter die Möglichkeit erhalten werden, wenigstens im 2. Arbeitsmarkt tätig sein zu können. Wenn auch politisch durch DIE LINKE die sog. 1,50-Euro-Jobs berechtigt abgelehnt werden und gerade auch in Berlin viele Anstrengungen unternommen worden sind, im 2. Arbeitsmarkt versicherungspflichtige

Arbeitsplätze zu schaffen (Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor - ÖBS), wird die Zahl derer, die für die von ihnen ausgeübte Tätigkeit Achtung und Anerkennung er-

**Abstimmung über die
Bürgerhaushalts-
vorschläge 2012/13
am 19. Februar
von 10 bis 19 Uhr im
EASTGATE
Marzahner Promenade
12679 Berlin**

halten, drastisch gesenkt. Es ist allgemein anerkannt, dass für viele arbeitslose Menschen die Beschäftigung in diesen Maßnahmen einer Vereinsamung und sozialen Isolierung entgegenwirkt sowie Fähigkeiten und Fertigkeiten erlangt werden können, die auch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gefragt sind. Viele der MaßnahmeteilnehmerInnen haben z. B. in gemeinnützigen Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen, Stadtteilzentren,

Sportvereinen, Kultureinrichtungen dazu beigetragen, dass den BürgerInnen zusätzliche Angebote unterbreitet werden konnten. Die Mobilitätsdienste für ältere und behinderte Menschen werden nur noch eingeschränkt ihre Leistungen erbringen können. Wir alle kennen MitarbeiterInnen in Einrichtungen unseres Bezirkes, die engagiert dazu beigetragen haben, dass das Spektrum der Angebote ausgeweitet werden konnte. Viele von ihnen fragen ihre ArbeitsvermittlerInnen im Jobcenter zu recht nach Alternativen, die es im ersten Arbeitsmarkt nicht gibt. Damit wird der Stress der politischen Entscheidungen im Bund auch auf dem Rücken der Beschäftigten des Jobcenters ausgetragen.

Die Tragik dieser Entwicklung besteht darin, dass aus dem Haushalt des Bezirkes keine Ersatzfinanzierung der wegfallenden Angebote zur Verfügung gestellt werden kann.

Einen „heißen Herbst“ hat es nicht gegeben, aber wenn wir - die Betroffenen selbst gemeinsam mit der politischen Opposition gegen Schwarz-Gelb - uns nicht gemeinsam wehren, wird sich nichts ändern. Mit Blick auf die „Schuldenbremse“ und diverse „Schutzschirme für Banken“ wird es weitere Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik geben.

Gedenken

Traditionell wurde am 23.1.2011 auf dem Parkfriedhof Marzahn der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. An der Ehrnahmen Politikerinnen und Politiker aller in der Bezirksverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen teil, auch Petra Pau als Vizepräsidentin des Bundestages. Der Parkfriedhof Marzahn gehört zu den vielfältigsten Gedenkortn seiner Art. Am Denkmal zur Erinnerung an die Opfer der Zwangsarbeit 1939-1945 legten die Ehrenden Blumen nieder. Dieser Gedenkstein wurde am 27. Januar 2004 geweiht und erinnert an die Verstorbenen von Tausenden Zwangsarbeitern. Allein in Marzahn befanden sich 27 Lager mit sogenannten Ostarbeitern aus der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei, hinzu kamen Zwangsarbeiter aus Italien, Belgien, den Niederlanden und anderen Ländern Europas. Die Deutsche Reichsbahn beschäftigte die mei-

sten Zwangsarbeiter, sie hatte sieben Lager in Marzahn-Hellersdorf. Für den Generalbauinspektor Albert Speer waren Bauarbeiter in ganz Berlin tätig. Die Stele trägt die Inschrift „Zur Erinnerung an die Zwangsarbeiterinnen



Bronzefigur der Gedenkstele im Parkfriedhof Marzahn. Foto: H. Wagner

und Zwangsarbeiter sowie ihre Kinder aus vielen Ländern Europas 1939 bis 1945“.

Redaktion MaHeli

Ich bin immer noch entsetzt

Ein Samstag im Januar. Unser Stand bei Kaiser's. Ich rufe wie immer die „Marzahn-Hellersdorf links“ aus.

Da kommt ein Radfahrer, so um die 70. Er hält und fragt mich in gebrochenem Deutsch mit russischem Akzent, was das für eine Zeitung sei. Ich in meinem gebrochenen Russisch sage „na lewo“. Da lacht er und sagt, er sei für „rechts“ und begründete: Er fahre mit seinem Fahrrad rechts und habe die rechte Frau. Ich lachte und dann kam's.

Er erklärte mir, dass er schon lange in Deutschland sei, sein Ururgroßvater ein Schwabe und das Kohl der beste Politiker sei. Er habe Deutschland reich gemacht. Er selbst würde immer die CDU wählen. Und Hitler hätte „das“ nur in Deutschland tun sollen, nicht noch in Russland. Dadurch hätte er Stalin erst die Möglichkeit gegeben, so zu wüten. Und jetzt, ohne Kohl, da kommen die Kirgisen, die Islamisten und die Neger hier her. Ich war platt vor Entsetzen. Ich konnte nichts erwidern, wendete mich ab mit meinen Zeitungen.

Da kam Wladi mit Hilde. Ich, immer noch unter dem Eindruck des Erlebten, erzählte denen was ich eben erlebt hatte. Da sagte mir Wladi, weißt du nicht, da gab es doch die Wlassow-Armee, die Handlanger der deutschen Faschisten in der Sowjetunion. Mitverantwortlich für viele Kriegsverbrechen. Da fiel mir auch noch Theodor Oberländer ein, der faschistische Kommandeur eines Bataillons von russischen Kollaborateuren „Die Nachtigallen“. Unter Adenauer war er dann Minister.

In der DDR wurde er in Abwesenheit zu „lebenslänglich“ verurteilt.

Bodo Lützenberg

Politische Bildung - Rückblick und Ausblick

Im Jahr 2010 konzentrierte sich die Arbeitsgruppe auf die Programmdebatte.

Da gab es heiße Diskussionen wie beispielsweise zum „Grundeinkommen“ mit Vertretern der Bundesarbeitsgemeinschaft „Bedingungsloses Grundeinkommen“ und dem Mitglied der Programmkommission und Sekretär beim ver.di.-Bundesvorstand. Mit Petra Pau redeten wir über Fragen von Demokratie und innerer Sicherheit. Als Beilage zu Marzahn-Hellersdorf links gab es verschiedene Texte von Frank Beiersdorff, Petra Pau und Hassan Metwally. Diese sollten den Diskussionsprozess in den Gruppen unterstützen und weitere Beiträge anregen. Hier hätten wir noch mehr Reaktionen erhofft. Viele Basisgruppen haben sich mit dem Programmwurf beschäftigt und sich dafür Fachleute zur Diskussion eingeladen.

Wir engagierten uns erfolgreich für eine überparteiliche Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung im Mai und bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung „Schöner Leben ohne Nazis“ im September. Das soll eine gute Tradition werden. Genosse Dr. Heiner Niemann, ehemaliger Stadtrat für ökologische Stadtentwicklung, führte Berlinerinnen und Berliner zum Thema Stadtbau Ost durch den Bezirk. Diese zentralen Angebote in unserer Bezirksorganisation werden durch Veranstaltungen der Basisgruppen ergänzt (Entwicklungen in China, Israel, Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe, Politischer Stammtisch in der Marzahner Promenade.)

Mit interessanten Gästen luden die Alternative Bibliothek und das Gesellschaftspolitische Forum als Partner im Netzwerk für politische Bildungsveranstaltungen zu anregenden Vorträgen und Gesprächen ein.

Auch im „Superwahljahr 2011“ hat sich die Arbeitsgruppe auf einige Veranstaltungen verständigt. Uns liegt daran, in politischem

Streitgesprächen Fragen aufzuwerfen und zu diskutieren, die uns in der heutigen Welt bewegen, wie im Nahen oder Fernen Osten. In weiterer Begleitung der Programmdebatte wollen wir uns in den kommenden Monaten mit den Standpunkten in unserer Partei zu Klima und Umwelt beschäftigen und wieder einmal die Frage nach der wirklichen Gleichstellung von Mann und Frau stellen.

Dazu beraten wir am **7. Februar 2010 um 16.00 Uhr im Linken Treff** in der Henny-Porten Straße und laden diejenigen, die mit uns über die konkreten Vorhaben diskutieren möchten, ein.

Sabine Schwarz

Aus den Siedlungsgebieten

Bezirk setzt Investition in den Siedlungsgebieten fort!

DIE LINKE setzte sich bei der Aufstellung der Bezirkshaushaltspläne in den letzten Jahren trotz einer Haushaltspolitik zum Abbau von Altschulden und zur Konsolidierung dafür ein, notwendige Investitionsmaßnahmen zur Erweiterung der Lebensqualität und zur Stärkung der Wirtschaft aufzunehmen und umzusetzen. Im Jahre 2009 wurden im Bezirk Marzahn-Hellersdorf Wertevolumen von über 43 Millionen Euro ausgeschrieben. Davon konnten 30 Prozent der Aufträge an Unternehmen des Bezirkes vergeben werden. Der jetzige Planungsstand wird sowohl in den Großsiedlungen, als auch in den Siedlungsgebieten weitere Maßnahmen umsetzen. So werden in den Siedlungsgebieten z.B. der Neubau einer Jugendfreizeiteinrichtung beim Balzerplatz in Biesdorf Süd, die Dachsanierung des Otto-Nagel-Gymnasium, die touristische Erschließung des Areals „Helle Mitte“ über Gut Hellersdorf bis zu den Gärten der Welt, die Gestaltung des Spielplatzes in der Ridbacher Straße, die Gestaltung des Schulhof, in der Ulmen Grundschule und die

Gestaltung einer öffentlichen Grünfläche am Blumberger Damm 12/14 in diesem Jahr in Auftrag genommen. Die entsprechenden Ausschreibungen für die Investitionsmaßnahmen sind in einer Informationsbroschüre des Bezirksamtes veröffentlicht worden. Sie enthält den jetzigen Stand der Planungen und gibt einen Überblick über die anstehenden Maßnahmen an den öffentlichen Einrichtungen unseres Bezirkes. Das Bezirksamte ermutigt dabei die bezirklichen Unternehmen –vielleicht auch in Kooperation mit anderen Unternehmen – sich an der Ausführung der Aufträge zu beteiligen. Die Leitstelle für Wirtschaftsförderung wird dabei gern beratend zur Verfügung stehen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass wir durch eine angemessene und transparente Investitionspolitik den öffentlichen Bereich stärken und die bezirkliche Wirtschaft stärken.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der BVV

„Schicht im Schacht?“

Ein Kommentar von Bjoern Tielebein, der seinen Müllschlucker richtig füttert

Seit einigen Monaten gehen viele MieterInnen der Großsiedlung in Marzahn mit gemischten Gefühlen zum hauseigenen Müllschlucker, um Abfälle aller Art zu entsorgen. Seitdem im Land Berlin über die Abschaffung dieser Anlagen diskutiert wird, haben sich die Fronten von BefürworterInnen und GegnerInnen dieser ursprünglich mal als besonderer Komfort gepriesenen Müllschächte verhärtet. Das Pro und Contra hierbei reicht von ganz persönlicher Betroffenheit bis hin zu rein abstrakter Verurteilung der Anlagen mit vermeintlich höheren Zielen. Die bereits vorhandenen Erfahrungen der Wohnungsunternehmen sind ebenso vielfältig.

Tatsache ist: Als diese Anlagen in unserem Bezirk eingerichtet wurden, hatte die ausdifferenzierte Trennung des Mülls einen anderen Stellenwert. Gelbe Tonnen gab es noch nicht, Papier und Glasflaschen konnten gegen einen kleinen Bonus beim Altstoffhandel abgegeben werden, für heute so genannten Bio-Abfall gab es auch schon entsprechende Tonnen.

Das Prinzip war also ähnlich, nur dass heutzutage der „Bonus“ von den Abfuhrunternehmen eingestrichen wird und die Trennung nunmehr auf eine Vielzahl von Wertstoffen ausgeweitet wurde.

Für den Müllschlucker bleibt daher an und für sich nur noch der Restmüll, die so genannte Schwarze Tonne. Dass dies jedoch natürlich in der Realität nicht immer so ist, weiß jede Bewohnerin eines betroffenen Hauses.

Das Abgeordnetenhaus hatte sich dieses Thema auf die Agenda genommen und entschieden. Um die Mülltrennung zu befördern, wurde beschlossen, bis zum 31.12.2013 alle Müllschächte stillzulegen. Ursprünglich vorgesehene Ausnahmeregelungen wurden hierbei nicht mit aufgenommen.

Neben der Trennung gibt es aber noch weitere Argumente gegen den Weiterbetrieb. Einige MieterInnen beklagen seit Jahren die hygienischen Bedingungen vieler Anlagen und die Geruchsbelästigung in den Häusern. Krach beim Abwurf von Glas belästigt viele. Ebenso sind mögliche Brände in den Vorräumen der Schächte dringende Gefahren, die nicht zu ignorieren sind.

Also ist die eingeschlagene Grundrichtung zur weitgehenden Abschaffung der Schächte aus meiner Sicht richtig.

Dennoch gibt es auch gute Gründe über Ausnahmen und einen längeren Betrieb einiger Anlagen zu diskutieren und dafür entscheiden einzutreten.

Das Ziel der stärkeren Trennung ist gut, aber es gibt keinen Automatismus. Wer aus Bequemlichkeit nicht trennt, wird dies auch

vernachlässigen. Für viele ältere Menschen sind die gewohnten Anlagen eine wichtige Unterstützung im Alltag. Sie sind zum Teil einst wegen auch dieses Komforts in ihre Wohnung gezogen.

Einige Häuser, in denen Müllschlucker existieren, sind eben auch jene, die gerade für Menschen mit Behinderungen weitestgehend barrierefrei ausgelegt sind. Auch für diese BewohnerInnen wäre der Wegfall der Schächte ein Problem.

Das heißt aus meiner Sicht, dass es keine absolute Stilllegung dieser Anlagen geben kann. Es ist dringend notwendig, den Einzelfall zu betrachten und überall dort Ausnahmen zu schaffen, wo MieterInnen und Wohnungsunternehmen über den Weiterbetrieb der Müllschlucker übereinkommen. Auch objektive Gründe wie mangelnde Flächen für zusätzliche Tonnen und bereits sanierte Anlagen müssen berücksichtigt werden.

Die Marzahn-Hellersdorfer Linksfraktion hat gemeinsam mit CDU und SPD einen entsprechenden Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht. Darin fordern wir nachdrücklich vom Land Berlin, solche Ausnahmen zuzulassen.

Grundvoraussetzung für solche Ausnahmen muss jedoch uneingeschränkt die prinzipielle Möglichkeit zur Mülltrennung sein. In meinem Haus gibt es einen Müllschlucker, aber ebenso vor dem Gebäude gelbe, blaue, orange und Glastonnen. In den Schacht kommt bei uns natürlich nur der Restmüll. Denn so ein Müllschlucker will auch richtig gefüttert werden, damit die Umwelt geschont und die MieterInnen nicht belästigt werden.

„Müllschlucker“ ade?

Das Berliner Abgeordnetenhaus beschloss im Dezember 2010 folgende Änderung der Berliner Bauordnung:

„[...]“

Die Bauordnung für Berlin (BauO Bln) vom 29. September 2005 (GVBl. S. 495) wird wie folgt geändert:

Nach § 46 wird ein § 46 a eingefügt:

„Bestehende Abfallschächte sind spätestens bis zum 31.12.2013 außer Betrieb zu nehmen und durch ein Sammelsystem zu ersetzen, das die Erfüllung der abfallrechtlichen Trennpflichten gewährleistet. Die zum Befüllen der Abfallschächte vorgesehenen Öffnungen sind bis zu diesem Zeitpunkt dauerhaft zu verschließen.“

„[...]“

Die komplette Gesetzesänderung und deren vollständige Begründung kann im Internet herunter geladen werden unter:

<http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/Druck-Sachen/d16-2743.pdf>

Ist das nunmehr das Ende der „Müllschlucker“ auch in Marzahn-Hellersdorf? Nein, nicht zwangsläufig meint Bjoern Tielebein, stellvertretender Bezirksvorsitzender der LINKEN und Mitglied der BVV. Dass es gute Gründe gibt, für Ausnahmen zu kämpfen, erläutert er hier.

durch den Wegfall der Müllschlucker nicht tun. Es ist auch zu bedenken, dass gerade in Marzahn von den Wohnungsunternehmen durch die Aufstellung von Tonnen die Mülltrennung im Gegensatz zu manchen Großsiedlungen im Westen der Stadt ermöglicht wird.

Die hygienischen Zustände sind sehr unterschiedlich. Einige Wohnungsunternehmen haben in den vergangenen Jahren massiv investiert und die Anlagen saniert. Der Geruchsbelästigung kann entgegengewirkt werden, wenn die regelmäßige Reinigung und Wartung Standard sind.

Je nach Lage und Größe der Häuser ist die Aufstellung weiterer Tonnen schwierig bis kaum möglich oder mit hohem finanziellen Aufwand verbunden, der letztlich auf die MieterInnen umgelegt werden würde. Also kann es passieren, dass einige BewohnerInnen in der Vergangenheit für die Sanierung von Schächten zahlen mussten und jetzt für deren Abschaffung ebenso zur Kasse gebeten werden.

Auch die demografische Entwicklung ist nicht zu



Der gute alte Mülleimer - wird sein Inhalt wohl künftig noch in die Tiefen der Müllschluckerschächte entsorgt werden können oder muss er von Hand hinfort getragen werden?

Veranstaltungen**Diskussion mit Senatorin****Carola Bluhm**

» **21.2., 18.30 Uhr**, Berliner Tschechow-Theater, Märkische Allee 410, 12689 Berlin, Wolfgang Brauer (MdA) lädt ein zur Veranstaltung „**Arbeit, Soziales, Integration - Fragen Sie die Senatorin!**“ - Carola Bluhm (DIE LINKE), Senatorin für Arbeit, Soziales und Integration, stellt sich Ihren Fragen.

Politische Bildung

» **8.2., 19.30 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, **Thema:** Streiflichter aus der **Geschichte der Berliner Universität Unter den Linden**, Referentin: Dr. sc. phil. Hannelore Bernhardt, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus, Eintritt: 1,50 Euro

Konsum - Klima - Mensch - Umwelt

» **10.2., 15.00 Uhr**, Bezirkszentralbibliothek „Mark Twain“, Marzahner Promenade 52-54, 12679 Berlin, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner**, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Verbraucherpolitische Sprecherin der LINKEN, zum Thema „Was kann oder was muss jeder Einzelne von uns zur Energiewende beitragen?“

Bürgerhaushalt - Votieren Sie!

» **19.2., 10 - 20 Uhr**, Eastgate, Marzahner Promenade 1A, 12679 Berlin, **Zentrale Votierungsveranstaltung/Abstimmung über die Bürgerhaushaltsvorschläge 2012/13**

Kuba aktuell

» **24.2., 19 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Freundeskreis Cuba lädt ein: „**Kuba: Aktueller Überblick über die USA-Blockade, die Menschenrechte und die Aktualisierung des Wirtschaftsmodells**“; es spricht Eduardo Lazo, 1. Sekretär und stellvertretender Botschafter Kubas in Deutschland, und er beantwortet Fragen.

Kommunalpolitisches Gespräch

» **5.3., 11 Uhr**, Restaurant „Lara Beach“ Helene-Weigel-Platz 4, 12681 Berlin, kommunalpolitisches Gespräch der IG BAU mit Dr. Manuela Schmidt, Bezirksstadträtin für Jugend und Familie, **Thema: Die Gewerkschafterin in Beruf und Familie heute** – zum 100. Internationalen Frauentag und 140. Geburtstag Rosa Luxemburgs

Hinten links**Lieber reich und gesund ...**

... als arm und krank.

Die Zusatzbeiträge für die Krankenkassen schlagen zu Buche und immer mehr medizinische Leistungen werden dem Patienten privat berechnet.

Mittlerweile ist jeder vierte Vollzeitjob im Niedriglohnsektor angekommen. Davon etwa jeder siebte ein Leiharbeitsplatz.

Ein Leiharbeiter verdiente 2009 in Deutschland im Mittel 1.393 EUR brutto. Das sind i. d. R. alles qualifizierte Facharbeiter, auch Akademiker. Ein fest angestellter Ungelernter kommt im Mittel auf 2.324 EUR brutto!

Dabei müssen Leiharbeiter in mehrerer Hinsicht flexibler sein, weil sie sich in gut 60 % der Fälle schon nach weniger als drei Monaten wieder an neuer Stelle rasch einzuarbeiten haben.

Ab dem 1. Mai gibt es innerhalb der Europäischen Union keinerlei Einschränkungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit mehr.

Frage

Wie viele abhängig Beschäftigte und wie viele Arbeitslose werden sich am 24. Februar an den Protesten gegen prekäre Beschäftigung und Leiharbeit und für einen gesetzlichen Mindestlohn beteiligen?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **15.2., 1.3., 15.3.** jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **2.3.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Theater am Park, Begegnungsstätte, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin

» **2.3.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3 und Bereich Springpfuhl) Kieztreff interkulturell, Marzahn Promenade 38, 12679 Berlin

» **3.3.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

Freundeskreis / IG

» **15.2., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba** und **Veranstaltung 24.2.** - siehe linke Spalte

» **24.2., 15 Uhr**, **IG SeniorInnen**, Treff bei Hanna

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» **15.2., 19.30 - 20.30 Uhr**, Wolfgang Brauer (MdA), Petra Wermke (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin

» **21.2, 17 - 18 Uhr**, **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin, und **Regina Kittler**, stv. Vorsitzende der Linksfraktion in der BVV und Vorsitzende des Ausschusses Siedlungsgebiete und Verkehr, Schloss Biesdorf, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

» **28.2., 16 Uhr**, **Dr. Margrit Barth** (MdA), Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin,

» **2.3., 16 - 18 Uhr**, **Petra Pau** (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» **Jeden Donnerstag (außer am 10.2.!) jeweils 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr
Freitag	9 - 15 Uhr

Bitte beachten:

Jeden Mittwoch und am Montag, dem 7.2.2011, ist der Linke Treff geschlossen.

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 31.01.2011. Auslieferung ab: 02.02.2011. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 03.03. und 07.04.2011.